

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 48 (1968-1969)
Heft: 8: Landesgeneralstreik 1918

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Erntezeit mit bäuerlichen Sorgen

Herbstzeit ist Erntezeit, der rechte Augenblick für den Bauern also, um Bilanz zu ziehen. In diesem Jahr ist besonderer Anlass dazu. Denn der «Butterberg», die «Milchschwemme» und die Absatzschwierigkeiten der Walliser Früchteproduzenten haben erneut aufs drastischste gezeigt, wie schwer es dieser Berufsstand im modernen Industriestaat hat. Nachdem ihm während langer Zeit vorgeworfen worden war, er sei zu wenig rationalisierungsfreudig, sieht er sich nun nach weitgehend vollbrachter Modernisierung in die groteske Lage versetzt, wegen zu grosser Produktivität auf die nationale Anklagebank zitiert zu werden.

An der Olma 1968, der 26. Schweizer Messe für Land- und Milchwirtschaft in St. Gallen, kam der Vertreter der Landesregierung, Bundesrat von Moos, in seiner Grussadresse auch auf diese Probleme zu sprechen. Er gab dabei einer weiteren Öffentlichkeit zu bedenken, dass heute die ausgeprägte Diskussionsbereitschaft in Agrarfragen allzu oft in ein blosses Zerreden ausarte, das weder der Landwirtschaft noch dem Gemeinwesen viel von Nutzen sei. Einer Würdigung der Fortschritte in den Strukturanpassungen fügte er die Mahnung an, dass die Landwirtschaft selbst noch mehr Hand zu einer Normalisierung der Lage bieten müsse.

Ein Problem von nationaler Tragweite

Das ist im Prinzip sicherlich richtig. Doch was kann es konkret bedeuten? Was kann zum Beispiel der einzelne Bauer beitragen? Er hat in den letzten Jahren Betriebsumstellungen vorgenommen, ist von alten Grundsätzen wie dem der Vielseitigkeit

oder dem der Selbstversorgung abgewichen, hat versucht, aus dem Fortschritt von Technik und Wissenschaft grösstmöglichen Nutzen zu ziehen und hat sich bemüht, den neuen Parolen zu folgen und «unternehmerischer» zu denken. Doch dem entscheidenden Problem der marktkonformen Produktionsausrichtung gegenüber ist er als einzelner trotz aller Anstrengungen im Grunde genommen im wahrsten Sinne des Wortes ohnmächtig.

Der Markt für Agrarprodukte ist ausserordentlich unelastisch; darum ist es äusserst schwierig, Produktionslenkungen so zu dosieren, dass es nicht plötzlich zu «Bergen» und «Schwemmen» mit den entsprechenden finanziellen Belastungen der öffentlichen Hand kommt. Die Aufgabe übersteigt die Möglichkeiten des einzelnen Betriebsleiters bei weitem, ja selbst die landwirtschaftlichen Organisationen erscheinen hier als überfordert. Es stellt sich die Frage, ob man nach den Anpassungen der Betriebsstrukturen nun nicht zu einer völligen, vor allem auch organisatorischen Neukonzipierung der Agrarpolitik schreiten sollte. Man kann ganz einfach nicht alles wollen: kriegswirtschaftlich konzipierte Landesversorgung, optimale Produktionssteigerung und dazu noch streng marktkonformes Verhalten der Produzenten. In dieser Richtung dürfte ein Problem von nationaler Tragweite liegen, das auch auf nationaler Basis angegangen und gelöst werden muss.

Manöverzeit mit Schlagzeilen

Herbstzeit ist auch Manöverzeit. Die militärischen Übungen stossen traditionsgemäss auf grosse öffentliche Beachtung. In den Spalten der Zeitungen finden sich eigentliche Frontberichte, und die Be-

völkerung der «Operationsräume» nimmt regen Anteil am Geschehen. Doch diesmal blieb es nicht dabei. Die Armee lieferte für einmal dicke Schlagzeilen in der Boulevardpresse. «Schweizer Artillerie beschiesst liechtensteinisches Dorf», musste der Passant mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen. Und wenn diese Formulierung, die geradezu nach planmässigem Feuerüberfall tönte, auch übertrieben war, so liess sich doch nicht am Tatbestand rütteln, dass am 15. Oktober 500 Meter über dem aufstrebenden Fremdenverkehrsort Malbun schweizerische Artilleriegeschosse in der Luft explodierten. Zum Glück kam es zu keinerlei Verletzungen von Menschen.

So trat der merkwürdige Fall ein, dass das kleine Fürstentum sich zu einer Demarche bei seiner traditionellen «Schutzwacht» entschliessen musste. Auf diplomatischer Ebene dürfte der Fall bereits erledigt sein, da sich der Bundesrat sofort in aller Form für den Vorfall entschuldigte. Da aber anscheinend schon früher ähnliche, wenn auch weniger spektakuläre Schiessfehler passiert sind, wäre es nun doch wohl an der Zeit, die Situation von Grund auf zu überprüfen und alles vorzukehren, um für die Zukunft solche Pannen endgültig auszuschalten.

Schweizerwoche

Jedes Jahr im Herbst wird mit einigem propagandistischen und organisatorischen Aufwand die «Schweizerwoche» durchgeführt. Entstanden in einer Zeit, da unser Volk schwer daran tat, seine geistige und politische Unabhängigkeit zu behaupten, ist die weitere Lebensberechtigung dieser Einrichtung in den letzten Jahren hin und wieder in Zweifel gezogen worden. Eine solche Kritik wäre dann berechtigt, wenn die «Schweizerwoche» ein Akt der periodischen Selbstbeweihräucherung wäre. In der heutigen Form aber, die auf eine ruhige, unaufdringliche Art die wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen unseres Landes in Erinnerung zu rufen sucht, ist sie sicherlich eine Veranstaltung, die ihren

Sinn auch — und gerade — im Zeitalter der wachsenden internationalen Verflechtung weiter behält.

Das ist diesen Herbst wieder auf eindruckliche Weise deutlich geworden. Die «Schweizerwoche» organisierte Mitte Oktober als Schwerpunktaktion eine zweitägige Pressefahrt in das Tessin. Neben instruktiven Besichtigungsfahrten kam es vor allem auch zu sehr offen geführten Diskussionen über die kulturelle und wirtschaftliche Stellung unserer Sonnenstube. Das Bemühen der Tessiner, den Miteidgenossen über die übliche Ferienperspektive hinaus einen sachlichen Einblick in ihre Existenzsorgen zu geben, fand weitherum die verdiente Beachtung. So wurde gerade die diesjährige «Schweizerwoche» zu einer richtigen Schweizer Woche der eidgenössischen Begegnung und des Dialogs über die noch immer allzu stark profilierten Sprachgrenzen hinweg.

Immer wieder: Jurafrage

Auch in dieser Berichtsperiode hat der Jurakonflikt Schlagzeilen geliefert. Zunächst reisten in der letzten Septemberwoche 70 Separatistinnen, begleitet von «Béliers», nach Strassburg, um vor dem Europarat für ihre Sache zu demonstrieren. Danach geriet zur Abwechslung die Eidgenossenschaft, die sonst in letzter Zeit immer mehr um Hilfestellung angegangen worden war, in die Schusslinie der Separatisten. Mitte Oktober wusste das «Rassemblement Jurassien» mit dramatischer Gebärde von einer «militärischen Besetzung» des Berner Juras zu berichten. Daraufhin sah sich das Bundeshaus zu einer Verlautbarung veranlasst, die wohl besser früher erfolgt wäre: Da ernstzunehmende Anzeichen dafür vorhanden waren, dass es wieder zu Anschlägen auf militärische und andere Einrichtungen des Bundes im Jura kommen könnte, wurde am 1. August angeordnet, dass jeweils ohnehin im Dienst stehende Truppen auf Pikett gestellt und für einen allfälligen Einsatz zum Schutz dieser Einrichtungen

instruiert werden sollten. Zum Zwecke der Koordination wurde ein eigentlicher Ordnungsdienstkommandant eingesetzt. Die betreffenden Truppen befanden sich in der Regel nicht im Jura, sondern an ihren üblichen Standorten.

Da angesichts der notwendigen Truppeninstruktion kaum zu erwarten war, dass diese Massnahmen ohne jedes Aufheben und entsprechenden öffentlichen Widerhall durchgeführt werden könne, wäre es vermutlich besser gewesen, wenn der Öffentlichkeit und vor allem auch den Separatisten selbst von allem Anfang an klarer Wein eingeschenkt worden wäre. Im übrigen bleibt zu sagen, dass eigentlich sogar die Separatistenführer froh darüber sein müssten, wenn vom Bund dafür gesorgt wird, dass nicht wieder die schleichende Seuche der Sabotageakte mit den entsprechenden Verhärtungen des Klimas einsetzen kann. Zur Zeit der früheren Brandschatzungen gaben sie immer wieder, wenn auch mit einigen rhetorischen Verrenkungen, formell zu verstehen, dass sie die Gewalt nicht als geeignetes Mittel zur Lösung der Jurafrage betrachteten. Und daran hat sich, so möchte man hoffen, in der jetzigen Phase der intensiven Erkundungsarbeiten durch die «Kommission Petitpierre» und andere Gremien doch wohl nichts geändert.

Nachlese zur Herbstsession: AHV-Revision

Das wohl wichtigste, jedenfalls aber spektakulärste Geschäft der Herbstsession der eidgenössischen Räte, die 7. AHV-Revision, wurde schliesslich glücklich unter Dach gebracht. In der ausgedehnten Differenzenbereinigung gaben beide Kammern bestimmte Positionen zugunsten eines Kompromisses preis. Der Ständerat stimmte den um einen Drittel erhöhten Mindestrenten zu und folgte auch dem Beschluss des Nationalrates, wonach die Prämienbeiträge für Unselbständigerwerbende über die «magische Grenze» der 5 Prozent hinaus auf 5,2 Prozent erhöht werden sollen. Die Volkskammer ihrerseits beugte sich nach zäher Gegenwehr dem eindeutigen Willen des Ständerates, wonach die

Selbständigerwerbenden «geschont» und ihre erhöhte Prämie lediglich 4,6 Prozent betragen soll.

Die politische Folge dieser Verständigungslösung blieb nicht aus: Der Christlich-nationale Gewerkschaftsbund zog daraufhin seine AHV-Initiative zurück. Es wäre aber sicherlich eine Illusion, wollte man nun annehmen, die sozialpolitische «Welle» der letzten Zeit komme damit zum Verebben. Sozialfragen stehen nun einmal im Ruf, «politisch ergiebig» zu sein. Und zumindest die Sozialdemokraten werden gemäss den Beschlüssen ihres letzten Parteitages nicht lange mit neuen Vorstössen auf sich warten lassen.

Höhen und Tiefen der Frauenstimmrechtsbewegung

Die Frauenstimmrechtsbewegung hatte in den letzten Wochen einige deutliche Fortschritte und einen nicht weniger deutlichen Rückschlag zu verzeichnen. Am dritten Oktobersonntag verwarfen die Bündner Stimmbürger mit 13522 Nein gegen 8616 Ja die Einführung der politischen Gleichberechtigung der Frauen. Nur 22 von 129 Gemeinden — darunter die Hauptstadt Chur, die bereits seit dem letzten Frühling auf kommunaler Ebene das Frauenstimmrecht kennt — wiesen annehmende Mehrheiten auf. In dem doch eher konservativ eingestellten Gebirgskanton war die Zeit offensichtlich noch nicht reif für diesen Schritt.

Besser laufen die Dinge im Kanton Bern, wo schrittweise von unten vorgegangen wird. Am letzten Septemberwochenende nahm neben weiteren Gemeinden die Stadt Bern eine entsprechende kommunale Vorlage an. Damit haben bis heute nicht weniger als 132 bernische Gemeinden ihren Frauen das Stimm- und Wahlrecht zugebilligt. Es zeigt sich am Beispiel des konservativen Kantons Bern, dass das stufenweise Vorgehen offensichtlich doch mehr Erfolg verspricht als die in anderen Kantonen bevorzugte Taktik des «alles oder nichts».

Spectator

Das Notenbankinstrumentarium

Die binnenwirtschaftliche Szenerie unseres Landes war in den vergangenen Wochen vor allem durch die mit der *Revision des Notenbankgesetzes* verbundene Problematik beherrscht. Zwar hat die öffentliche Diskussion noch nicht voll eingesetzt; aber mit der Veröffentlichung der *Botschaft* des Bundesrates (29. August) ist nunmehr die *Konzeption*, die dem neuen Instrumentarium der Nationalbank zugrunde gelegt werden soll, bekanntgegeben worden.

Die zur Diskussion gestellte Lösung bezieht sich auf die Offenmarktpolitik, auf die Mindestreservpolitik, auf die Möglichkeit der direkten Kreditbeschränkung sowie auf die Überwachung der Emissionstätigkeit. Die *Offenmarktpolitik*, das heisst die Beeinflussung der in der Wirtschaft zirkulierenden Geldmenge über den An- und Verkauf von Wertpapieren am offenen Markte durch die Notenbank, gehört bereits zu den «klassischen» Mitteln der Geldpolitik. Die Nationalbank hatte bisher nur limitierte Möglichkeiten, offenmarktpolitische Dispositionen zu treffen. Der Bundesrat schlägt vor, den Bereich der Nationalbank für die Offenmarktpolitik insofern zu vergrössern, als der Kreis der dafür zulässigen Wertpapiere erweitert wird. Die Nationalbank soll ausserdem beauftragt werden, fest verzinsliche Schuldverschreibungen für die Politik am offenen Markte auszugeben.

Zu den Kernstücken der notenbankpolitischen Instrumenten gehört die *Mindestreservpolitik*, mit der die Notenbank direkten Einfluss auf die Liquiditätsposition der Banken ausüben kann. In der bundesrätlichen Vorlage wird vorgeschlagen, die Mindestreserven auf dem *Zuwachs* der Verbindlichkeiten (Zuwachsreserven) zu berechnen. Es handelt sich hier um eine «schweizerische Lösung», da sich die Mindestreserven normalerweise auf dem *Bestand* der Verbindlichkeiten (Bestandesreserven) stützen. Zu-

wachsreserven sind in ihrer potentiellen Wirkung natürlich schwächer. Zusammen mit der direkten Kreditbegrenzung glaubt der Bundesrat aber, dieser «konzilianten» Variante den Vorzug geben zu können.

Endlich soll die Nationalbank in ausserordentlichen Fällen in der Lage sein, den *Kreditzuwachs* bei den Banken direkt zu beschränken. Diese Kompetenz ist äusserst kontrovers, weil sie, entgegen dem Erfordernis der Marktkonformität, unmittelbar in die Geschäftstätigkeit der Kreditbanken eingreift. — Die Emissionskontrolle ist nicht umstritten.

Die Kompetenz zum Einsatz dieses Instrumentariums soll in die Hände des *Direktoriums* gelegt werden, wobei das Mitspracherecht der Wirtschaft durch die Zuziehung des *Bankausschusses* als Konsultativorgan gesichert wird. Das Direktorium stellt zudem in Aussicht, vor wichtigen Entscheidungen beim Einsatz dieser Instrumente Vertreter der Wirtschaft um ihre Meinung zu befragen. Und endlich ist für den Fall, dass zwischen der Haltung des Bankausschusses und des Direktoriums Differenzen entstehen sollten, die *einstimmige* Beschlussfassung des Direktoriums vorgesehen.

Finanz- und Steuerpolitik

Die Finanzpolitik (Reform der Bundesfinanzen) ist seit einiger Zeit «im Gespräch». Der Trend zu steigenden Defiziten auf allen Ebenen der öffentlichen Haushalte hat die mit der Finanzpolitik verbundene Problematik aktualisiert. Im Lichte dieser Situation kann dem von *Bundesrat Nello Celio* am Schweizerischen Bankiertag in Zürich (21. September) gehaltene Vortrag programmatische Bedeutung zugesprochen werden. Bundesrat Celio betonte, dass die Regierung das Anwachsen der öffentlichen Ausgaben nicht gesucht habe. Die Initiative sei primär

vom privaten Sektor der Wirtschaft ausgegangen. Der Staat müsse die gewaltigen Aufgaben, die auf ihn zukommen, mit den modernsten Mitteln lösen, wobei Bundesrat Celio die Hauptaufgabe darin erkennt, die verschiedenen Ziele, die angestrebt werden, aufeinander abzustimmen, das heisst ein regelmässiges Wirtschaftswachstum zu erreichen unter Wahrung der Vollbeschäftigung, der Preisstabilität, des Gleichgewichts des Staatshaushaltes und der Zahlungsbilanz sowie einer gerechten Verteilung des Sozialproduktes.

Jedoch werde weder eine verstärkte Ausgabenkontrolle, noch die Verschiebung wichtiger Projekte, noch die Verbesserung der Einnahmen infolge des normalen Wachstums und der Inflation genügen, um das finanzielle Gleichgewicht des Bundeshaushaltes wieder herzustellen. Es dränge sich eine *Revision der Finanzordnung* vor ihrem Ablauf im Jahre 1974 auf. Den Weg der Verschuldung zu beschreiten, wäre nicht vernünftig. Die *Hauptlinien* der Reform sieht Bundesrat Celio in den folgenden Massnahmen:

- Kompensierung der Einnahmefälle durch die Reduktion der Zollbelastung (Kennedy-Runde) über die Warenumsatzsteuer.
- Aufhebung des Rabattes auf der Wehrsteuer.
- Die Wehr- und Warenumsatzsteuer sollen endgültig und zeitlich unbefristet in die Bundesverfassung aufgenommen werden; die Steuersätze sind in einem Ausführungsgesetz festzulegen.
- Schaffung einer Verfassungsgrundlage, welche die Erhebung spezieller Warensteuern ermöglicht.
- Anpassung des Steuerrechtes an die internationale Entwicklung.

Bemerkenswert sind sodann die Ausführungen Bundesrat Celios bezüglich des *Finanzausgleichs*. Die Reform des Finanzausgleichs soll dazu benützt werden, die Rechnungen der Kantone formell so zu ändern, dass sie vergleichbar werden; und weiter sollen die Kantone auf Grund eines Konkordates oder einer andern Überein-

kunft eine Harmonisierung der Steuern erreichen. Ohne diese Harmonisierung und ohne die Gewissheit, dass die finanzschwachen Kantone ihr Steuersubstrat mindestens so stark ausnützen wie die finanzschwachen, werde man den Finanzausgleich nicht verbessern können. Das sind deutliche Worte.

Internationale Aspekte

In den vergangenen Wochen standen auf dem internationalen Parkett unter anderem die Gerüchte um eine *Aufwertung der D-Mark* im Mittelpunkt des Interesses. Die stark aktive Aussenhandelsbilanz der Bundesrepublik mit der damit einhergehenden Liquidisierung der Wirtschaft liegen an der Basis dieser Nervosität um die D-Mark. Die Bundesbank tritt dieser Entwicklung mit einer liberalen Kapitalexportpolitik entgegen. Die deutschen Behörden haben mit Nachdruck Aufwertungsabsichten in Abrede gestellt. — Auch das *Pfund Sterling* hat einmal mehr durch die im Schosse der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel getroffene Aktion zur Stabilisierung der «Sterling balances», das heisst der von den Sterlingländern gehaltenen offiziellen Pfundguthaben, von sich reden gemacht.

Wohl am meisten Aufmerksamkeit hat dagegen die *Jahrestagung der Bretton-Woods-Institute* (Währungsfonds und Weltbank) in Washington (30. September bis 5. Oktober) gefunden. Es ist zwar, wie zu erwarten war, nicht gelungen, die strittigen Probleme in der internationalen Währungspolitik, vor allem in der Goldpolitik, zu lösen. Eine Einigung mit Südafrika, dem grössten Goldproduzenten, ist nicht zustande gekommen. Es sind an dieser Tagung die Gegensätze in der Auffassung der Europäer und des Fonds auf der einen Seite sowie der Amerikaner auf der andern Seite über die künftige Rolle des Goldes in der Währungspolitik deutlich zum Ausdruck gekommen.

Eindruck hat die Programmskizze des Präsidenten der Weltbank, *Robert McNamara*, über die künftige Tätigkeit der Welt-

bank gemacht. Mit der Absicht, die Ausleihungen der Bank zu verdoppeln, die Schwerpunkte der Entwicklungshilfe auf Afrika und Lateinamerika zu verlegen, vermehrte Anstrengungen auf die Landwirtschaften dieser Länder zu konzentrie-

ren und die bisherige Entwicklungshilfe ganz allgemein zu überprüfen, soll die Weltbank in die Dimension einer *neuen Dynamik* hineingeführt werden.

Oeconomicus

Man kann es heute nicht kräftig und oft genug sagen: Freiheit ist einer der höchsten moralischen Begriffe und völlig sinnlos, ja pervers ohne die Schranken und Normen, die das Wesen des Moralischen ausmachen. Es ist schlimmster Missbrauch eines grossen Wortes, das wie ein Leitstern den Menschen durch die Jahrtausende geleuchtet hat, wenn unter Freiheit eine Beliebigkeit des Tuns und Denkens, eine Lösung von allen Bindungen und Schranken verstanden wird.

Wilhelm Röpke

*(aus seinem posthum herausgegebenen Bändchen
«Torheiten der Zeit», Nürnberg 1966)*